



2022/156

12.09.2022

Beschlussvorlage

- öffentlich -

Neubau Außenstelle Kräher Weg

Beschlussvorschlag

Das Gremium stimmt dem Neubau einer Verwaltungsausßenstelle am Kräher Weg zu.
Die erforderlichen Mittel werden im Haushalt 2022f bereitgestellt.

Beratungsfolge

Gremium:

- Ausschuss für Liegenschaften

Datum:

29.09.2022

Sachverhalt

Im Rahmen der Planung des Haushalts 2022 schlug die Verwaltung die vorübergehende Errichtung einer Bürocontaineranlage am Kräher Weg vor. Diese sollte die zusätzlichen Raumbedarfe des Gesundheitsamtes bis zu dessen Erweiterung aufnehmen und anschließend zurück gebaut werden. Im Haushalt 2022 wurde für die Errichtung und Anmietung ein Ansatz in Höhe von 100.000 € (Aufwand) veranschlagt.

Mit Beginn der Planung zeichnete sich ab, dass die Anlage über Teile des Fachbereichs 41 Gesundheitsdienste hinaus weitere Raumbedarfe der Verwaltung decken muss, da diese nicht mehr in den Bestandsimmobilien des Landkreises untergebracht werden können.

Im Ergebnis schlägt die Verwaltung vor, die Fachdienste 171 Ausländerwesen und Staatsangehörigkeit und 172 Gewerbe, Jagd und Waffen dauerhaft vom Kreishaus A in den Kräher Weg umziehen zu lassen. Gemeinsam mit dem dort bereits ansässigen Fachdienst 173 Straßenverkehr könnte so der gesamte Fachbereich 17 Ordnung und Verkehr an einem Standort zusammen gezogen werden.

Hierfür muss das Grundstück des ehemaligen TÜV Nord in die Planung mit einbezogen werden. Dies ist möglich, da der Abriss der alten Prüfhallen schneller möglich ist, als ursprünglich geplant. Die dort untergebrachten Fahrzeuge, Abrollbehälter und sonstigen Gegenstände der Kreisfeuerwehr können spätestens ab November in der angemieteten Halle im Gewerbegebiet Lemke untergebracht werden.

Vorgesehen ist derzeit die Errichtung des Neubaus in zwei Bauabschnitten.

Im ersten Abschnitt würden die Räumlichkeiten für die Fachdienste 171 und 172 errichtet werden. Im zweiten Bauabschnitt könnte dann ein weiterer Trakt für den Fachdienst 173 folgen. Im Anschluss könnte das stark sanierungsbedürftige Bestandsgebäude des Straßenverkehrsamtes abgerissen werden.

Wie eine Lösung für die vorübergehende Deckung der Bedarfe des Gesundheitsamtes in dieses Konzept eingebunden werden kann, wird derzeit geprüft. Möglich wäre es, die erforderliche Anzahl an Räumen im ersten Bauabschnitt mit zu errichten. Diese könnten, nach der Fertigstellung des Gesundheitsamtes, in die Nutzung von Fachdienst 173 übergehen. Der zweite Bauabschnitt würde sich in diesem Fall entsprechend verkleinern.

Auf Grund der dringend benötigten räumlichen Lösungen für das Kreishaus und das Gesundheitsamt soll das Gebäude in Modulbauweise errichtet werden. Durch den hohen Vorfertigungsgrad ist eine Umsetzung hierbei deutlich schneller möglich, als in konventioneller Bauweise.

Auf Grundlage der von Fachbereich 17 erarbeiteten Raumbedarfe ist eine erste grobe Schätzung der Kosten möglich. Diese beläuft sich auf ca. 7.300.000 € (4.050.000 € 1. Bauabschnitt/ 3.250.000 € 2. Bauabschnitt) zzgl. der Kosten für die Außenanlage und den Abriss der Bestandsgebäude, die noch nicht ermittelt wurden.

Um die sofortige Handlungsfähigkeit herzustellen, ist eine Umverteilung von vorhandenen Mitteln aus dem Deckungskreis von 123 Liegenschaften erforderlich. Ein Teil der für die ursprünglich geplante Containeranlage im Aufwand veranschlagten Mittel soll für den Abriss der ehem. TÜV-Gebäude genutzt werden. Für den Neubau könnten 550.000 € investive Mittel und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3.500.000 € bereitgestellt werden (siehe Drucksache 2022/157).

Für den Haushalt 2023 sollen die Ansätze und die zugrunde liegende Planung weiter konkretisiert werden.